NZZ

Die Niederlande und Belgien hätten gerne mehr Atomkraft: Aber die Hürden sind riesig

Beide Länder wollen die Kernkraft ausbauen, um die Umweltbilanz zu verbessern. Doch nach Jahren des energiepolitischen Hin und Her fehlt es gleichsam an allem, um diese Energie wiederzubeleben.

Daniel Imwinkelried, Brüssel

15.02.2025, 05.30 Uhr 3 min

In Huy am Fluss Maas steht eines von zwei belgischen Kernkraftwerken mit ursprünglich drei Blöcken.

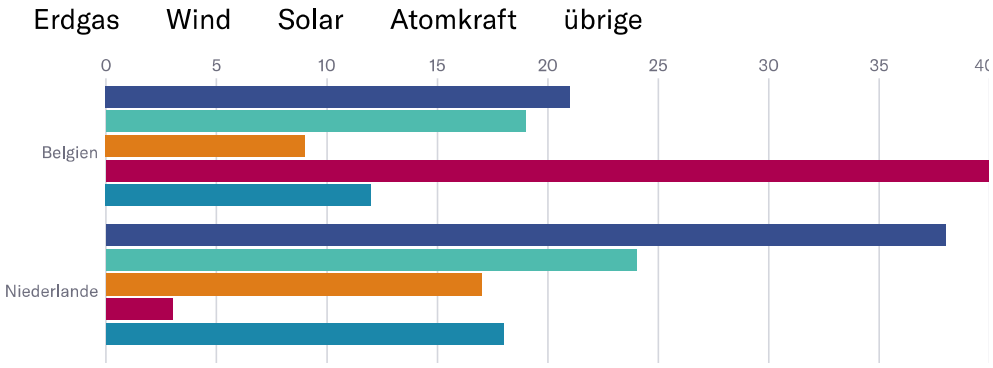
Benjamin Horn / Eibner-Pressefoto

Manche europäische Regierung hätte gerne mehr Atomkraft, um die von vielen befürchtete «Stromlücke» abzuwenden und die CO_2-Bilanz aufzubessern. Aber das Vorhaben ist viel schwieriger zu erreichen, als sich das die Politiker vorstellen. Die wichtigsten Partner von Nuklearprojekten spielen nämlich häufig nicht mit: Das sind die Investoren, die

Betreiberfirmen der Anlagen und die Gemeinden in jenen Gegenden, in denen die Werke gebaut werden sollen oder bereits stehen. Diese Erfahrung machen gerade Belgien und die Niederlande.

Die Politik will mehr Nuklearstrom

Anteil an der Elektrizitätsproduktion 2023 in Belgien und in den Niederlanden, in Prozent



Quelle: IEA NZZ / imr.

Belgien hat seit vergangener Woche eine neue Regierung unter dem flämischen Regionalisten Bart De Wever. Sie will die Atomkraft ausbauen, doch das stösst beim Betreiber dieser Werke, der französischen Gesellschaft Engie, auf Widerstand. Deren Strategie sieht vor, aus der Nuklearenergie auszusteigen.

Belgien widerruft den Ausstieg

Wie in vielen Ländern herrscht in Belgien punkto Atomstrom ein Hin und Her. Vor 22 Jahren beschlossen Regierung und Parlament ein Gesetz zum Ausstieg und zur Stilllegung der Kraftwerke. Aber mit dem Ukraine-Krieg und den steigenden Energiepreisen änderte sich die Einstellung zur Atomkraft. Zwei Reaktorblöcke werden derzeit zwar definitiv heruntergefahren. Bei zwei weiteren hat das Management von

Engie der Regierung jedoch zähneknirschend zugesagt, die Laufzeit um zehn Jahre bis 2035 zu verlängern. Laut eigenen Aussagen nimmt sie dafür hohe Ausgaben auf sich.

Doch De Wever will mehr: eine Verlängerung über 2035 hinaus und vor allem eine Prüfung, ob man die Werke, die stillgelegt werden, wieder in Betrieb nehmen könnte. Das allerdings widerspricht der Geschäftsstrategie von Engie. Eine Laufzeit über 2035 hinaus sei «undenkbar», hat der Chef von Engie Belgien jüngst erneut betont. Wenn der Staat das wolle, müsse er die Werke selber betreiben.

Mit so viel Wankelmut wird es Belgien allerdings kaum gelingen, Investoren und private Betreiber für eine Betriebsverlängerung oder gar neue Anlagen zu gewinnen.

Die niederländische Regierung findet keine Investoren

Investoren halten sich von der Atomkraft ohnehin fern. Diese Erfahrung machen auch die Niederlande. Dort gibt es nur ein Atomkraftwerk. Die heterogene Regierungskoalition, der auch die rechtspopulistische Vereinigung PVV von Geert Wilders angehört, spielt allerdings mit dem Gedanken, vier Anlagen neu zu bauen. Dieses Vorhaben hatte bereits die Vorgängerregierung unter dem jetzigen Nato-Generalsekretär Mark Rutte gewälzt.

Aber schon vor Monaten ist klargeworden, dass private Investoren kaum bereit sind, die Nuklearkraftwerke zu finanzieren. Nicht nur die schwankende Haltung der Politik

gegenüber der Atomkraft schreckt sie ab, sondern auch die lange Bauzeit mit häufigen Kostenüberschreitungen.

Damit sind auch die ehrgeizigen Nuklearpläne der niederländischen Regierung gescheitert. Es sei unrealistisch, dass bis 2035 auch nur eine neue Anlage entstehe, teilte die Klimaministerin Sophie Hermans diese Woche dem Parlament mit. Der Zeitrahmen sei viel zu ehrgeizig gewesen für ein Projekt, das in manchem einzigartig sei, etwa bei der Grösse und den Folgen für die Natur und die Gesellschaft. Zudem fehle der Verwaltung auf dem Gebiet der Atomkraft mittlerweile das Fachwissen.

Die Regierung wollte Investoren mit Subventionen und Garantien anlocken, sieht davon nun aber ab. Laut Hermans hätte das Verhältnis von Risiko und Ertrag für den Staat nicht mehr gestimmt.

Die Gemeinden wollen ihre Anteile verkaufen

Nuklearenergie ist somit auch in den Niederlanden eine Energieform, welche sich Politiker zwar wünschen, um sich bei der Stromversorgung unabhängiger vom Ausland zu machen und den CO_2-Ausstoss zu reduzieren. Aber eine Gefolgschaft kann die Regierung nicht mobilisieren – nicht einmal in jener Region, wo ein Atomkraftwerk steht.

Die einzige Anlage der Niederlande befindet sich beim kleinen Ort Borssele. Die Regierung möchte deren Laufzeit verlängern, ob das aber finanziell und technisch sinnvoll ist, klären Experten derzeit ab. Die Anlage gehört zu 70 Prozent der Provinz Seeland und einigen Gemeinden, der Rest ist im

Besitz des deutschen Energieversorgers RWE. Provinz und Gemeinden würden ihre Anteile jedoch am liebsten veräussern, weil sie die finanziellen Risiken als zu hoch erachten, etwa was den Rückbau betrifft.

Die Atomkraftwerke in Belgien und den Niederlanden

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

NZZ / imr.

Für die Niederlande und Belgien gilt offenbar erst recht, was die Internationale Energieagentur in einem Bericht betont: Die Nuklearindustrie müsse viele Hürden überwinden, um ein Comeback zu schaffen und eine Rolle bei der Energiewende zu spielen.

Passend zum Artikel

Ein Schweizer Jungunternehmen erhält von der US-Regierung Millionen. Das Ziel: Atommüll reduzieren

Das Genfer Startup sichert sich 4,3 Millionen Dollar von der US-Energiebehörde. Seine Technologie soll das amerikanische Atommüll-Problem lösen. Anlagen könnten auch in Deutschland entstehen, wie eine im Auftrag einer Bundesagentur erstellte Studie zeigt.

Jürg Meier 10.02.2025 5 min

Neue Studie: Kernkraft könnte die Kosten der deutschen Energiewende deutlich senken

Fast die Hälfte des deutschen Stroms könnte 2045 aus Kernkraftwerken kommen – zu deutlich niedrigeren Kosten als ein reiner Ökostrom-Mix. Das zeigt eine neue Untersuchung, die der NZZ vorab vorliegt.

Johannes C. Bockenheimer, Berlin 10.01.2025 3 min

Die Schweiz steht am Anfang einer neuen Atomkraft-Ära: Doch die Hürden bis zur Inbetriebnahme eines neuen Kraftwerks sind gigantisch

Es braucht voraussichtlich drei Volksabstimmungen und mehrere Bewilligungsverfahren, bis hierzulande ein neues Kernkraftwerkprojekt lanciert wird. Ein Baustart vor 2040 ist unwahrscheinlich.

Jannik Belser 29.08.2024 5 min

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.